



Was kann, darf und muss sich ändern?

Die Philosophische Fakultät der RWTH Aachen hat nicht nur im 50. Jahr ihres Bestehens mit Widrigkeiten zu kämpfen. Eine Feier.

VON ANGELA DELONGE

Aachen. Die Philosophische Fakultät der RWTH Aachen hat am Mittwochabend ihr 50-jähriges Bestehen gefeiert – in sehr viel bescheidenerem Rahmen, als mancher das bei diesem Anlass erwartet hätte. Offizielle Gäste, zum Beispiel aus Politik, Verwaltung oder Ministerium, waren nicht gekommen. Selbst RWTH-Rektor Ernst Schmachtenberg ließ sich wegen „Unstimmigkeiten im Zeitplan“ entschuldigen und von Kanzler Manfred Nettekoven vertreten.

So war es eine ziemlich überschaubare Zusammenkunft von Geisteswissenschaftlern aus zehn Instituten, die dem knapp gehaltenen Programm im Gebäude der Hochschule für Musik und Tanz folgten. Im Gegensatz zur 25-Jahrfeier 1990, bei der noch die halbe Stadt und Kultusministerin Anke Brunn der Fakultät ihre Aufwartung gemacht hatten, wirkte das alles ein wenig traurig-trotzig.

Mit gebotener Zurückhaltung

Dekanin Christine Roll ließ jedoch erwartungsgemäß Zuversicht walten und sprach von dem guten Weg, auf dem sich die Philosophische Fakultät hin zu ihrer Strukturreform 2025 befinde. Aber auch von „gebotener Zurückhaltung“ angesichts der Krise, in der sich die Fakultät seit einem Jahr befinde.

Nein, man wolle nicht feiern, dass „wir es unter widrigen Bedingungen bis hierher geschafft haben“. Man wolle vielmehr die Herausforderung als Chance sehen und sich ein neues Profil geben. Und nein, das sei kein Lippenbekenntnis.

Von widrigen Bedingungen in Vergangenheit und Gegenwart kann die Philosophische Fakultät wahrlich ein Lied singen. Schon die Gründung der sieben Lehrstühle am 1. April 1965 war weniger Überzeugungen als Notwen-



Eine ewige Baustelle: die Philosophische Fakultät im ehemaligen Couven-Gymnasium an der Kármánstraße. Fotos: Michael Jaspers, Stephan Rauh

digkeiten geschuldet. In Aachen sollten schlicht die Überhänge in der Lehrerausbildung aus Köln, Bonn und Münster aufgefangen werden. Gut 20 Jahre später, 1987, drohte der Fakultät das Aus, weil die Lehrerausbildung wieder zurückgefahren wurde. Nur der solidarische Schulterschluss von Studenten, der gesamten RWTH und der Stadt Aachen konnte dies verhindern.

Dann kam das Jahr 1995, in dem einer der größten Skandale der deutschen Hochschullandschaft die gesamte Philosophische Fakultät mit in den Abgrund riss: Hans Schwerte, Germanist und ehemaliger Rektor der RWTH, entlarvte sich selbst als ehemaligen hohen SS-Offizier Hans Ernst Schneider. Dieses Outing beschädigte das Germanistische Institut und die Fakultät umso mehr, als sich herausstellte, dass Professorenkollegen von dem Doppelleben des angesehenen, als linksliberal geltenden Schwerte schon seit Jahren gewusst hatten. Die Fakultät war über viele Jahre in den Schlagzeilen, Selbstverständnis und Ansehen waren schwer angeschlagen.

Im Kampf ums eigene Überleben beschloss die Fakultät dann im vergangenen Jahr das Aus für die Romanistik, Grundpfeiler jeder Philosophischen Fakultät. Und aktuell steht die Fakultät wegen des ungeklärten Umgangs mit der Noten-Affäre des ehemaligen Lehrbeauftragten Armin Laschet im einst

renommierten MES-Studiengang in der Kritik. Doch nichts davon erwähnte die Dekanin. Ihr Blick ging in die Zukunft, denn „die Räder lassen sich nicht zurückdrehen“, wie sie sagte. „Darf sich nichts ändern?“, fragte Roll provokativ. Doch, es habe sich einiges geändert auf dem „anstrengenden Weg der Philosophischen Fakultät in die Technische Hochschule“.

Und es dürfe sich noch mehr ändern, meinte Roll: zum Beispiel die Kommunikation mit dem Rektorat. Klare Ansage der Dekanin an den Kanzler: „Ich wäre dankbar, wenn Sie über neue Formen der Kommunikation nachdenken würden.“

Bei der Feier: Christine Roll, Dekanin der Philosophischen Fakultät und RWTH-Kanzler Manfred Nettekoven.

den. „Ja, man müsse die Kommunikation „vorhersehbarer“ machen, pflichtete Manfred Nettekoven ihr bei, um anschließend eine Würdigung der Philosophischen Fakultät vorzunehmen – in erster Linie unter Berücksichtigung seiner eigenen Biografie. Frei nach dem Motto „Wie ich Kanzler wurde“ erzählte Nettekoven, der entspannt in Jeans und Turnschuhen erschienen war, allerlei Anekdoten und meinte mit Blick auf Kollegin Roll, dass sein Job auch „giga-anstrengend“ sei. Aber: „I like it.“ Immerhin sagte er dann noch diesen Satz: „Vieles von dem, was Sie machen, finde ich irrsinnig spannend.“



AUS DER HISTORIE



1987 kämpfte die Philosophische Fakultät um ihre Existenz. Nur der solidarische Schulterschluss von Studenten, RWTH und der Stadt Aachen konnte dies verhindern. Legendär: der Fackelzug durch Aachen.



1995 machte der Germanist und ehemalige RWTH-Rektor Hans Schwerte seine Vergangenheit als hoher SS-Offizier öffentlich. Sein wahrer Name: Hans Ernst Schneider. Ein Skandal auch für die Philosophische Fakultät.

Flüchtlingszahl auf Höchststand

Innenminister Jäger legt neue Aufnahmehzahlen vor: 73 000 Flüchtlinge in NRW

VON WILFRIED GOEBELS

Düsseldorf. Die Flüchtlingszahlen in NRW sind im Juli auf einen neuen Höchstwert gestiegen: Allein in der letzten Woche sind nach Angaben von Innenminister Ralf Jäger (SPD) 5041 Menschen in Einrichtungen des Landes aufgenommen worden. Damit sind im ersten Halbjahr bereits 73 000 Flüchtlinge nach NRW gekommen, von denen aber 22 000 nach Tagen auf andere Bundesländer verteilt wurden.

Jäger hatte das aktuelle Chaos durch die Überfüllung in NRW-Flüchtlingsheimen nicht zuletzt damit im Landtag begründet, dass NRW real 30 Prozent aller Flüchtlinge in Deutschland aufnehme, weil einzelne Bundesländer Einrichtungen wegen ansteckender Windpocken geschlossen hätten. Diese Begründung löste in der CDU-Opposition „Verwunderung“ aus.

Laut der aktuellen Übersicht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erreichte NRW am 9. Juli nur knapp die gesetzliche Verteilungsquote von 21,2 Prozent der Asylbewerber. Nach Angaben des Innenmi-

nisteriums kommen aber regelmäßig mehr Flüchtlinge nach NRW, die dann erst Tage später auf andere Länder verteilt werden. Dies führe dazu, dass NRW im Ist-Zustand 30 Prozent der Flüchtlinge betreue.

Kurzfristige Mehraufnahmen durch Krankheiten oder „abweichende Wohnsitznahme“ summieren sich nach Darstellung des BAMF allenfalls auf zwei bis drei Prozent. Der CDU-Innenexperte Andre Kuper verlangte deshalb in einer Kleinen Anfrage Aufklärung, wie der Minister zu seinen Zahlen komme. Schließlich entspreche auch die Zahl der Antragsteller in NRW im ersten Halbjahr mit 35 232 Asylbewerbern nur einem Anteil von 19,7 Prozent in Deutschland.

Flüchtlinge aus Syrien stellten in den ersten sechs Monaten mit 32 000 Menschen die größte Gruppe der Asylbewerber in Deutschland. Während die Anerkennungsquote für sie bei über 85 Prozent lag, betrug sie bei Flüchtlingen vom Balkan maximal 0,4 Prozent. Trotz beschleunigter Verfahren belegen

diese Antragsteller häufig aber Plätze für berechtigte Flüchtlinge. Während die Zahl der Antragsteller aus dem Kosovo im Juni gegenüber dem Mai bundesweit um 23 Prozent sank, kamen 20 Prozent mehr albanische Asylbewerber nach Deutschland. Auch aus Serbien und Mazedonien stiegen die Zahlen weiter, obwohl die deutschen Botschaften dort auf die Aussichtslosigkeit der Anträge hinweisen.

Gestern Nachmittag wurde bekannt, dass erneut das zentrale Dortmunder Flüchtlingsheim wegen Überfüllung vorübergehend geschlossen werden musste. Es sei damit zu rechnen, dass die Unterkunft bis zum späten Abend mehr als doppelt so viele Menschen betreuen müsste wie eigentlich vorgesehen.

Karte als Reiseroute für Gewalttäter?

Die Google-Karte „Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft“ kursiert prominent in sozialen Netzwerken.

„Wir befürchten, dass die Karte eine Art Reiseroute für rassistische Gewalttäter wird. Wir hoffen, dass Google die Karte löscht“, sagt Robert Lüdecke von der demokratiefördernden Amadeu Antonio Stiftung.

TV-Reporter angeklagt

ZDF-Journalist: Fragwürdiges Foto im Klinikum

VON MARLON GEGO

Aachen. Die Aachener Staatsanwaltschaft hat in Zusammenhang mit einem im Aachener Klinikum entstandenen Foto einen ZDF-Reporter angeklagt. Das bestätigte die Staatsanwaltschaft gestern auf Anfrage unserer Zeitung. Der ZDF-Reporter hatte am 17. Oktober in der Notaufnahme des Klinikums einen dunkelhäutigen Patienten ohne dessen Einwilligung fotografiert. Wenige Tage darauf erschien das Foto zunächst im Onlineauftritt einer Boulevardzeitung, einen Tag darauf in der Printausgabe. Die Überschrift lautete: „Ebola-Verdächtiger wartet 40 Minuten im Klinik-Flur“.

Ein besonders geschützter Raum

Der ZDF-Reporter hatte dieses Foto damals auch unserer Zeitung zur Veröffentlichung angeboten. Unsere Recherchen hatten jedoch ergeben, dass der Patient keine Symptome einer Ebola-Infizierung gezeigt hatte, sondern zur Behandlung schwerer Rückenschmerzen ins Klinikum gefahren war. Die Veröffentlichung des Fotos hatte unsere Zeitung daher abgelehnt.

Gestern nun bestätigte die Staatsanwaltschaft unsere damaligen Recherchen, der Patient hatte in der Tat unter Rückenschmerzen gelitten, wie die Ermittlungen ergeben haben. Der ZDF-Reporter sei

daher wegen der „Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen“ angeklagt worden. Auf Anfrage erklärte der ZDF-Reporter gestern, das Thema „Ebola“ sei im Herbst „von erheblichem öffentlichen Interesse“ gewesen, was die Veröffentlichung des Fotos gerechtfertigt habe. Er habe sich nichts vorzuwerfen und gehe nicht davon aus, dass es zum Prozess kommt.

In der Tat muss nur das Amtsgericht Aachen prüfen, ob die Anklage zugelassen werden kann, erst dann würde es zu einem Prozess kommen. Entscheidend könnte die Frage sein, ob der Bereich, in dem der ZDF-Reporter den Patienten fotografiert hatte, nämlich die Anmeldung der Notaufnahme, ein besonders geschützter Raum ist. Nach der Rechtsprechung etwa des Oberlandesgerichts Düsseldorf ist zum Beispiel ein ärztliches Behandlungszimmer ein solch besonders geschützter Raum. Ob das auch auf den Anmeldebereich der Notaufnahme zutrifft, hat bislang noch kein deutsches Gericht entscheiden müssen.

Doch selbst wenn es zum Prozess käme, hätte der ZDF-Reporter keine hohe Strafe zu befürchten: Die „Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen“ wird mit Geldstrafe oder einer Haftstrafe zu einem Jahr geahndet – die dann wohl zu Bewährung ausgesetzt würde.

MAHNWACHE



► Mehr als 200 Trauernde haben gestern Abend in Köln der unbeteiligten Opfer illegaler Autorennen aus den vergangenen Wochen gedacht. Sie versammelten sich am Abend zu einer Mahnwache an der Stelle, an der ein Radfahrer vom Wagen eines Rasers erfasst worden war. Einige von ihnen zündeten Kerzen an und legten Blumen nieder. „Raser! Drängler! Totfahrer! Eure Pubertät ist vorbei!“, stand auf einem Schild. Der 26-Jährige war am Montag an den Folgen seiner Verletzungen gestorben. „Ich bin erschüttert bis ins Mark“, sagte der Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Grüne), der die Mahnwache mit initiiert hatte. Zeugen hatten beobachtet, dass sich der mutmaßliche Raser, ein 26-jähriger Mann, ein Rennen mit einem anderen Autofahrer geliefert hatte. Der Wagen überschlug sich und traf den Radler mit voller Wucht. Foto: dpa

KURZ NOTIERT

„Topmodel“-Finale: Drohanruf kam aus Köln

Köln. Die Bombendrohung während der ProSieben-Show „Germany's next Topmodel“ Mitte Mai ist aus einer Telefonzelle in Köln gekommen. Wie die Mannheimer Staatsanwaltschaft gestern mitgeteilt, wurde das Gespräch von einem Apparat am Brüsseler Platz aus geführt. Die Drohung einer unbekannt Frau hatte zum Abbruch des „Topmodel“-Finales geführt. Knapp 10 000 Menschen hatten die Halle in Mannheim verlassen müssen. Die Polizei sucht nun Zeugen, denen am Abend des 14. Mai Menschen oder Fahrzeuge an der Telefonzelle aufgefallen sind. Gegen 22.35 Uhr hatte ein Moderator die Zuschauer aufgefordert, die Halle wegen eines technischen Problems zu verlassen. Die Veranstaltung wurde abgebrochen. Das Publikum erfuhr erst später von der Bombendrohung. Zwei Wochen später wurde die Show nachgeholt. Es gewann die 19-jährige Vanessa. Der Sender zeigte das Finale aber nicht live, es kam als Aufzeichnung aus New York. (dpa)

Metalldiebe: Polizei nimmt Bande fest

Wuppertal. Zahlreiche Mitglieder einer auf Metalldiebstahl spezialisierten Einbrecherbande sind der Wuppertaler Polizei nach deren Angaben ins Netz gegangen. Wie Polizei und Staatsanwaltschaft gestern mitteilten, wurden acht Männer im Alter zwischen 21 und 27 Jahren festgenommen. Gegen sie lagen Haftbefehle vor wegen des Verdachts, für mehrere Firmeneinträge in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz verantwortlich zu sein. Drei weitere mit Haftbefehl gesuchte mutmaßliche Täter werden im Ausland vermutet. Bislang konnten den elf Männern nach diesen Angaben 35 Einbrüche nachgewiesen werden. Sie erbeuteten in den meisten Fällen Buntmetall und hochwertiges Werkzeug. Ein Teil davon konnte sichergestellt und bestimmten Einbrüchen zugeordnet werden. Die Schadenssumme beläuft sich insgesamt auf rund eine Millionen Euro. Neben den aufwendigen Ermittlungen, die noch im Gange sind, half der Polizei nach eigenen Angaben auch der Zufall: So kam ein wichtiger Hinweis aus einer Radarfallde, die einen von den Tätern gestohlenen Lastwagen blitzte. (dpa)

KONTAKT

Regionalredaktion: (montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr) Tel.: 0241/5101-469 Fax: 0241/5101-360 az-regionales@zeitungsverlag-aachen.de